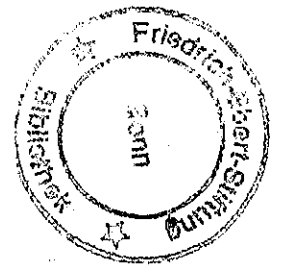


...vor 100 Jahren

Gesetz gegen die gemeingefährlichen
Bestrebungen der Sozialdemokratie

Paulskirche
11. Juni 1978

C 95 - 01838



Friedrich-Ebert-Stiftung

Anlässlich der Veranstaltung "100 Jahre 'Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie'" der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Paulskirche zu Frankfurt am 11. Juni 1978 wurden die in diesem Band abgedruckten Reden gehalten.

© 1978 bei Friedrich-Ebert-Stiftung,
Godesberger Allee 149, D-5300 Bonn 2
Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung
Druck: Stroucken, Wesseling
Printed in Germany 1978

Walter Hesselbach

Präsident
des Kuratoriums
der Friedrich-
Ebert-Stiftung

Eröffnung

Ich begrüße Sie zu unserer heutigen Veranstaltung in der Paulskirche. Der große Andrang beweist erhebliche organisatorische Schwierigkeiten. Zugleich sind wir froh und dankbar.

Es wird berichtet, daß am 1. Oktober 1880, dem Tag, an dem das Sozialistengesetz auslief, viele Wohnfenster in den Arbeitervierteln Berlins und anderer deutscher Städte mit Kerzen erleuchtet waren. Sozialdemokraten feierten den Sieg über die Preußische Reaktion. Es war nicht der Sieg der Sozialen Demokratie; es war aber ein Triumph liberalen Denkens und freiheitlicher Grundsätze. Es war ein Erfolg der Zähigkeit, der Disziplin und der Solidarität.

Wir erinnern uns in diesen Monaten jener Zeit, die 1878 dem Verbot sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Organisationen vorausging, folgte und mit der politischen und moralischen Niederlage des autoritären Obrigkeitsstaates endete.

Der Weg der Sozialdemokraten vor und unter dem Ausnahmegesetz braucht hier nicht nachgezeichnet zu werden. Wenn wir jener Jahre der Prüfung und Bewährung gedenken, so tun wir dies nicht als Pflichtübung der Traditionspflege. Wir müssen unsere Tradition nicht "aufarbeiten". Das historische Erbe der Arbeiterbewegung ist ein Stück lebendiger Geschichte; reich an Personen und Ereignissen, die unserem Handeln Ziel und Richtung gaben.

Wer könnte die geschichtsbildende Kraft leugnen, die in den vielen Beispielen menschlicher Größe, des Opfermutes und der Überzeugungstreue jener lag, die sich der großen Aufgabe der sozialen und solidarischen Demokratie verschrieben hatten. Die kleine Schar gesinnungsstarker und nobler Kämpfer, die dafür sorgten, daß die verhassten Sozialdemokraten zum Schluß die Sieger blieben, wollten keine Märtyrer und keine Helden sein. Gefühle der Mutlosigkeit, der Angst und Verzweiflung waren ihnen nicht fremd. Dennoch haben sie nicht gezögert, dem Übermut der Macht und der rabiaten Unvernunft von Polizei und Justiz die Stirn zu bieten. Noch heute berühren und bewegen uns ihre mutige Sprache, das ehrliche Pathos der Reden sowie die menschliche Wärme im Umgang miteinander. In der an demokratischer Gesinnung nicht eben reichen deutschen Vergangenheit dürfen wir uns dankbar dieser Männer unseres Volkes erinnern. Erinnern wir uns aber auch

der Denunziationen, der Roheiten und Unmenschlichkeiten, der Willkürakte, der Entlassungen und Schikanen in den Betrieben. Dies alles gab der Auswanderung Auftrieb. Allein im Jahre 1881 wanderten 200.000 Menschen aus. Bebel beklagte den Verfolgungsparoxysmus der Richter. Auch dies hat sich in der Geschichte wiederholt.

In dieser Atmosphäre breiteten sich sozialdemokratische Organisationen aus, weil sie der elementaren Sehnsucht in der Arbeiterschaft nach einem menschenwürdigen Dasein und freierem Leben politische Gestalt und Führung zu geben wußten. Die noch junge Partei wurzelte fest in diesem geschichtlichen Urgrund der Arbeiterbewegung. Sie wuchs mit ihrer solidarischen Kraft, das heißt, mit der Gewißheit, daß man zusammengehört; im Leiden, in den Freuden und in den Idealen, wenn Sie wollen, auch in den Träumen von einer besseren, schöneren Welt. Wir bekennen uns auch dazu.

Soziale Konflikte waren nicht — wie viele durch Herkunft und Vermögen ausgezeichnete meinten — eine Erfindung bössartiger Staatszerstörer. Das Vorhaben Otto von Bismarcks, sich den Sozialdemokraten mit den Mitteln des Obrigkeitsstaats entgegenzustellen, konnte deshalb nicht gelingen. Es verriet zwar Machtinstinkt und auch zynische Verachtung der Menschenrechte, wurde aber zu einem Lehrstück politischer Blindheit. Vergessen wir nicht: Die launenhafte und bössartige Anwendung des Ausnahmegesetzes brachte viele der Besten in die Gefängnisse, machte Tausende und Abertausende brotlos und zwang nicht wenige dazu, Heimat und Familie zu verlassen. Wenn es nicht zu Ausbrüchen spontaner und gewaltsamer, aber verhängnisvoller Gegenwehr kam, so lag dies am besonnenen und politisch reifen Verhalten der Sozialdemokraten. Der gegen sie gerichtete infame Vorwurf, sie störten den Frieden und die Eintracht der Bevölkerungsklassen, kehrte sich damit gegen seine Urheber.

Wir dürfen heute ohne Überheblichkeit feststellen, daß vor einhundert Jahren die Demokratie nicht sehr viel stärker war als die sozialdemokratische Partei. Natürlich gab es auch Demokraten in anderen Schichten und Gruppen der Bevölkerung. Daß aber die Saat des zügellosen Hasses nicht aufging und sich Toleranz und demokratische Gesinnung behaupten konn-

ten, war das unbestreitbare Verdienst jener, die sich der Verfolgung und Unterdrückung zu erwehren hatten.

Trotz aller Entschiedenheit und Radikalität der Anschauungen waren die Sozialdemokraten schon damals nicht eine Partei der gewaltsamen Veränderung. Sie wußten, daß Gewalt keine gestaltende Kraft ist. In dem Pathos der Zeit gab man die Weisung aus: Arbeiter, ihr steht auf der Höhe eurer Aufgabe. Ihr werdet die besonnene Haltung bewahren. An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrunde gehen. Hier geht die direkte historische Linie von Liebknecht und Bebel zu Wels und Schumacher. Die Macht durch einen Bürgerkrieg zu erringen, stand ihrem Denken und Empfinden ebenso fern wie die fantastische Vorstellung, durch Attentat und Meuchelmord eine freie und menschenwürdige Gesellschaft aufbauen zu können.

Das Sozialistengesetz, das die Partei und die Gewerkschaften verbot, die Beteiligung an den Wahlen und die Arbeit der Abgeordneten jedoch zuließ, rückte die parlamentarische Arbeit in den Mittelpunkt. Hier bot sich eine Bühne, deren Nutzen man schätzen lernte. Es waren die Wahlerfolge, die den Sozialdemokraten Bestätigung und moralische Ermutigung brachten. Als Schüler Ferdinand Lassalles verkannten die Sozialdemokraten nicht die Chance, die sich ihnen auch in Wahlen und Gesetzgebung für Reform und Umgestaltung der Gesellschaft bot. Die Einsicht, daß die Partei nicht von der puren revolutionären Rede leben konnte, gewann an Boden. Dennoch zauderten einige zuweilen, sich mit ihrer parlamentarischen Rolle voll zu identifizieren.

In dieser Situation waren es die entstehenden Gewerkschaften und Fachverbände, denen die politische Vertretung ihrer Interessen im Parlament wichtiger war als die Sorge um hehre Prinzipien und den revolutionären Geist. Es waren dann auch gewerkschaftliche Lohnkämpfe, Zusammenschlüsse und Streiks, die wesentlichen Anteil am Fall des Sozialistengesetzes hatten.

Das Gesetz blieb gerade deshalb wirkungslos, weil es die Arbeiter der Übermacht der Unternehmer auslieferte. Der Angriff auf die Sozialdemokratie wurde als ein Schlag gegen den Arbeiterstand empfunden. Bezeichnenderweise waren es Fragen des Arbeiterschutzes, mit denen die Sozialde-

mokraten bei den Gewerkschaften am meisten Unterstützung fanden. Der Titel der 1882 herausgegebenen Zeitschrift "Recht auf Arbeit" war nicht nur Name, sondern Programm. Es sollte auch der Partei Ziel und Richtung geben.

Übertragen in die politische Sprache der Gegenwart verteidigten die Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz die Bürger- und Menschenrechte. Das grausame Spiel der Polizei mit menschlichen Existenzen, die Frevel der Justiz und die Anmaßung der Behörden waren nur die eine Seite. Die andere war die materielle Not und die entwürdigenden Bedingungen des Arbeitslebens. Deshalb lehnten die Sozialdemokraten die Bismarckschen Sozialversicherungsgesetze nicht pauschal ab, setzten jedoch der patriarchalischen Fürsorge und Armenpflege ihre eigenen Forderungen nach einer umfassenden Arbeitsschutzgesetzgebung, nach Koalitionsfreiheit und nach dem Normalarbeitstag entgegen. Beides, die Idee der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, erwiesen sich letztlich als unbezwinglich.

Der Erfolg der Sozialdemokraten nach dem Fall des Sozialistengesetzes setzte viele Energien frei, verleitete aber auch zu hochgesteckten Erwartungen. In einem Zeitalter, das an gradlinigen Fortschritt glaubte, schien vielen der Zeitpunkt nahe, an dem Sozialismus naturgesetzlich Wirklichkeit würde. Heute wissen wir: es gelang den deutschen Sozialdemokraten zwar, die erste große Massenpartei der europäischen Industriegesellschaft zu schaffen, von ihrem Ziel, die Regierungsmacht mehrheitlich zu bestimmen, trennten sie jedoch Generationen. Der Kampf um die Zustimmung der Mehrheit und die Öffnung zur Volkspartei war hierfür eine notwendige Etappe, die noch zu meistern war. Die Bedingungen der Zeit und die Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften haben sich inzwischen gewandelt. Vieles von dem, was Sozialdemokraten vor einhundert Jahren forderten, wurde erreicht. Träume haben sich erfüllt. Wir sind dabei durch harte Jahre und böse Zeiten gegangen. Wir bekennen uns zu unserer Vergangenheit. Für die Probleme unserer Tage werden wir eigene, uns gemäße Lösungen finden müssen.

Wir werden auch weiterhin, wie zu Beginn, lernen, begreifen und aus der Erkenntnis handeln. Was jedoch die sittlichen Motive und politischen Ziele unseres Handelns und Strebens angeht, so wissen wir uns den Menschen eng

verbunden, die vor einhundert Jahren die Sache der sozialen Demokratie so vorbehaltlos zu ihrer eigenen machten. Ihre Haltung, ihre Gesinnung und ihre uneingeschränkte Bereitschaft zur Solidarität verpflichten uns noch heute. Nicht zuletzt verdanken wir es ihnen, daß in unserer Generation der Weg zu einem freien und demokratischen Gemeinwesen in Deutschland mit Erfolg beschritten werden konnte. Wir wissen, daß ohne Sozialdemokraten und Gewerkschaften die Freiheiten der Bürger nicht erreicht werden können. Sie werden ohne Sozialdemokraten und Gewerkschaften nicht bewahrt und weiterentwickelt werden können.

Laßt uns auch künftig solidarisch, mit Verstand, Vernunft, mit Toleranz und Leidenschaft wirken. Es ist der Mühe wert!

Martin
Berg

Bürgermeister
der
Stadt Frankfurt

Grußadresse

Für die Stadt Frankfurt am Main darf ich Sie hier in der Paulskirche — dem politisch wohl gewichtigsten Platz in unserer Stadt — sehr herzlich willkommen heißen. Sinn und Zweck dieser von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Gedenkstunde ist es, mahrend an ein Gesetz und seine Folgen zu erinnern, das vor 100 Jahren im Deutschen Reichstag eine Mehrheit finden konnte, weil den Demokraten die Solidarität fehlte.

Was da im Oktober 1878 unter der verlogenen und alle Menschenwürde beleidigenden Bezeichnung "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" beschlossen wurde, war ein Gesetz zur Legalisierung des Unrechts und der Unmenschlichkeit.

Gemeinhin herrscht ja im Denken der Menschen die Vorstellung, daß Gesetze naturgemäß dazu dienen, Ungerechtigkeit zu überwinden und mehr Gerechtigkeit entstehen zu lassen. Das vom damaligen deutschen Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck durchgepeitschte Ausnahmegesetz gegen die deutsche Arbeiterbewegung hatte das Gegenteil zum Ziel, nämlich die Verfestigung der Ungerechtigkeit und die staatliche Sanktionierung der Verbreitung von Angst und Terror.

Unsere deutsche Geschichte ist leider nicht arm an solchen Gesetzes-Pervertierungen. Immer wieder haben wir unheilvolle Entwicklungen erlebt, die davon gekennzeichnet waren, daß die Machtausübenden nicht nur eine fortschrittliche soziale Gesetzgebung verhinderten, sondern dazu übergingen, durch die widernatürliche Umkehrung allen menschlichen Strebens die Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit zum Gesetz zu erklären.

Als "gemeingefährlich" empfanden die damals Mächtigen das Streben der Sozialdemokraten nach einem demokratischen Wahlrecht, nach Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, nach einem sozialen Arbeitsrecht, nach sozialer Sicherung und nach Bildungsgerechtigkeit. Gegen dieses von wachsender Bürgerzustimmung begleitete Bemühen der Sozialdemokraten sahen die herrschenden Kreise in Deutschland damals nur noch einen Ausweg in der polizeistaatlichen Gewaltpolitik. Auch in Frankfurt am Main war die Arbeiterbewegung damals zu einer starken Kraft herangewachsen, und man hoffte, sie mit dem Bismarckschen Ausnahmegesetz vernichten zu können. Die Frankfurter Organisationen der Sozialdemokraten, die Gewerkschaften, Genossenschaften, die Unterstützungskassen, Zeitungen und

Kulturvereinigungen der Arbeitnehmerschaft wurden verboten. Es hagelte auch in Frankfurt Verfolgungen, Haftstrafen und Verbannungen.

Am 22. Juli 1885 erlebte Frankfurt am Main einen der blutigsten Exzesse der damaligen Sozialistenverfolgung. Als bei der Trauerfeier für Hugo Hillers eine rote Kransschleife sichtbar wurde, stürzten sich 60 Polizisten auf die dichtgedrängte Trauergemeinde. Blindwütig schlugen die Angreifer mit ihren Säbeln auf die Menschen ein. Ohne Rücksicht auf Frauen, Kinder und Greise führten die Berittenen ihre Säbelattacke aus, und nach dem heimtückischen Angriff lagen etwa 50 Schwerverletzte auf dem Friedhof, darunter Frauen und Kinder mit klaffenden Säbelwunden. Für seine Trauerrede und die dabei erwähnte Freiheit, für die es zu kämpfen gelte, mußte Josef Leyendecker damals ins Gefängnis. Die säbelschwingenden Polizisten entgingen durch kaiserliche Anordnung ihrer gerechten Strafe. Unendliches Leid brachte das sogenannte Sozialistengesetz für zahllose Bürger auch in unserer Stadt. Mit dem militärischen Belagerungszustand sollte jegliches Freiheitsstreben unterdrückt werden, doch die preußische Militärdiktatur hatte auch in Frankfurt am Main die tatsächliche Stärke der demokratischen Bewegung unterschätzt. Trotz aller brutalen Zwangsmittel wuchs auch hier der Drang nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Trotz der Ausnahmegesetze erstarkte die Frankfurter Sozialdemokratie, und sie errang in diesen Jahren der Unterdrückung glänzende Wahlerfolge. Tausende neuer Wählerstimmen wurden gewonnen und gegen alle Gewalt der Polizeiknute wurde zum ersten Mal der Frankfurter Reichstagswahlkreis von einem Sozialdemokraten erobert.

Das war ein weithin sichtbares Zeichen dafür, daß das Streben nach Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit auch mit Gewalt nicht aufgehalten werden kann, wenn die Kräfte des Fortschritts solidarisch zusammenstehen.

Das Bismarcksche Sozialistengesetz scheiterte auch in dieser Stadt am Widerstand und an der moralischen Stärke der Arbeiterbewegung. Die Überwindung des Unrechts forderte freilich unendliche Opfer. Verfolgte Frankfurter Sozialdemokraten wurden in den Tod getrieben. Zahlreiche Mitstreiter schmachteten in den Gefängnissen, viele wurden aus ihrer Heimatstadt vertrieben, wie etwa der Kaufmann Oskar Füllgrabe, der

Gastwirt Heinrich Prinz oder der Lehrer Adolf Sabor. Manche blieben für ihr Leben krank und arbeitsunfähig, wie etwa der brutal gequälte Schuhmacher Albert Farnung.

Dieser von der Sozialdemokratie auch in unserer Stadt gebrachten Opfer gilt es hier zu gedenken. Wohlbedacht wurde diese Erinnerungsstunde nicht an den Tag der Verabschiedung der Ausnahmegesetze gebunden, sondern an die am 11.6.1878 vom damaligen Bundesrat verfügte Reichstagsauflösung, die den Weg frei machte für die Vergewaltigung des Rechts.

Klar und deutlich wird damit aufgezeigt, daß ein Angriff auf die parlamentarischen Freiheiten stets auch ein Angriff gegen die Freiheitsrechte des gesamten Volkes bedeutet.

Einer Unterdrückung der Arbeiterbewegung folgt stets auch eine Unterdrückung aller demokratischen Bestrebungen. Das ist die historische Lehre, die wir aus der kaiserlichen Säbeldiktatur und aus der faschistischen Terrorpolitik zu ziehen haben. Weil unser Volk diese Lehre aus der Unrechtszeit von 1878 bis 1890 nicht dauerhaft befolgte, blieben uns später weitere Katastrophen nicht erspart. Unendliche Opfer hier bei uns und in weiten Teilen der Welt mußten erbracht werden, um in diesem Lande vor 33 Jahren endlich den Weg frei zu machen für Demokratie, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit.

Aber noch immer lauern alte und auch neue Gefahren am Wegesrand, und es bleibt die Aufgabe aller Demokraten, wachsam und bereit zu sein, die errungenen Rechte gegen alle Widersacher zu verteidigen. Das Bismarcksche Sozialistengesetz bleibt ein Denkmal der Schmach und der Schande für unser Land. Niemals wieder dürfen wir zulassen, daß das Unrecht die Oberhand gewinnt, und hier in der Frankfurter Paulskirche befinden wir uns am wohl geeignetsten Ort, um für dieses Bekenntnis einzutreten.

Hier in diesem Raume wurde 1848/49 der Weg in eine deutsche Demokratie begonnen. Hier wurde 100 Jahre danach im Mai 1948 ein gesamtdeutsches Bekenntnis zur Überwindung einer schrecklichen Vergangenheit abgelegt. Hier in diesem schicksalsträchtigen Kuppelbau fand später dann das deutsche Menetekel Auschwitz seine mahnende Dokumentation. Hier sprach einst Erich Ollenhauer bei der Abschlußkundgebung der Aktion "Kampf dem Atomtod", und von hier aus richtete einst John F. Kennedy

seinen mahnenden Friedensappell an die Völker der Welt. Diese Frankfurter Paulskirche ist ein geschichtsträchtiger Raum sowohl für deutsche Enttäuschungen als auch für deutsche Hoffnungen.

Der Weg der deutschen Sozialdemokratie war immer unbeirrt auf die Ziele der Freiheit, der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit gerichtet. Heute wie damals vor 100 Jahren, war stets unsere gesamtstaatliche Freiheit in Gefahr, wenn reaktionäre Kreise darangingen, die demokratische deutsche Arbeiterbewegung zu diffamieren und mit den Mitteln des Unrechts zu bedrängen. Aus den dann stets folgenden schmachvollen Entwicklungen gilt es endlich, die richtigen Lehren zu ziehen.

Die Bürger dieser Stadt und alle Menschen weithin sind deshalb auch und gerade heute dazu aufgerufen, bereit zu sein für die mahnenden Worte, die hier gesprochen werden aus dem Anlaß der 100jährigen Wiederkehr eines unheilvollen Versuchs, Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Deutschland niederzutreten.

Holger
Börner
Hessischer
Ministerpräsident
Unsere
Verant-
wortung
für
die Freiheit

Adolf Arndt hat in einer Rede über Otto Wels, einen der Großen der deutschen Sozialdemokratie, Worte gefunden, die uns heute noch mahnen: "Wir sind nicht frei von unserer Geschichte, so weit sie unauslöschlich Wirklichkeit wurde, aber wenn wir nicht die Gefangenen des geschichtlich Vergangenen bleiben wollen, dürfen wir uns frei wissen zur eigenen Geschichte wie der Gegenwart, damit wir eine Zukunft haben, die über uns hinaus weist."

Soweit das Zitat von Adolf Arndt.

Seine Rede war überschrieben: "Unsere geschichtliche Verantwortung für die Freiheit". Unter dieses Leitthema möchte ich auch meine Ausführungen stellen.

Im Jahr 1878 nach dem "Gesetz gegen die Sozialdemokratie" und im Jahr 1933 nach dem "Ermächtigungsgesetz" wurde die SPD von Verbot und Unterdrückung betroffen.

Sie mußte versuchen, in Solidarität und Geschlossenheit die eigene Integrität zu wahren. Dies ist ihr unter hohen Opfern gelungen.

Wollen wir nicht Gefangene unserer eigenen geschichtlichen Vergangenheit bleiben, dann müssen wir prüfen, wie wir in Gegenwart und Zukunft Freiheit und gesellschaftlichen Fortschritt aktiv sichern. Nur wer kritisch seine Vergangenheit betrachtet, weiß, wohin er gehen soll. Ich will deshalb kurz auf einen Gesichtspunkt des "Sozialistengesetzes" eingehen, der mir für die Perspektiven sozialdemokratischer Politik von Bedeutung erscheint.

Die frühe deutsche Arbeiterbewegung fühlte sich zu Recht als Erbe der freiheitlich-humanistischen Traditionen deutscher Geschichte, die vom Bauernkrieg bis zur Revolution von 1848 reichten. Mit dem im Reichstag angenommenen Gesetz gegen die Sozialdemokratie gelang es Bismarck, soziale Bewegung und liberale Fortschrittskräfte auseinanderzudividieren. Er zwang damit die deutsche Sozialdemokratie in eine verhängnisvolle gesellschaftliche Isolation. Sie grenzte sich hinfort durch Stil und Gesinnung von vielen anderen sozialen Gruppen ab und entwickelte das Bewußtsein einer "Gegengesellschaft".

Nach der Reichsgründung hatten sich große Teile des Bürgertums auf den Boden obrigkeitstaatlicher Realpolitik gestellt. Sie verzichteten damit auf ihre eigenen freiheitlichen und demokratischen Traditionen. Es gab im

deutschen Kaiserreich keinen Brückenschlag zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher Reformbewegung, um politischen und sozialen Fortschritt gemeinsam zu erkämpfen. Es dauerte über 90 Jahre, bis dieser Graben überwunden war und soziale und liberale Kräfte wieder in einem Bündnis zusammenfanden und die konservative Vorherrschaft beenden konnten. Mit diesem Bündnis konnte die deutsche Sozialdemokratie aktiv Reformen durchsetzen, die auch in der Weimarer Republik nur Programm geblieben waren. Wollen wir der geschichtlichen Verantwortung für die Freiheit gerecht werden, so darf keiner der beiden Partner dieses Bündnis leichtfertig aufs Spiel setzen.

Daß wir nicht frei sind von unserer Geschichte, zeigt auch die Tatsache, daß wir heute "100 Jahre Sozialistengesetz" gedenken. Die Sozialdemokratie hat die sehr deutsche Neigung, an ihren Wunden zu lecken und ihre freudlose Jugend zu beklagen.

Der Kampf Bismarcks gegen den Katholizismus, der zusammen mit der Sozialdemokratie zum anderen "Reichsfeind" erklärt wurde, endete auch kläglich. Er hatte lange Zeit die gleichen Folgen einer gesellschaftlichen und politischen Abschottung des katholischen Teils unserer Gesellschaft. Die Katholische Kirche hat diese Entwicklung hinter sich gelassen. Manche von uns sollten von ihrem Selbstbewußtsein lernen! Angesichts der Erfahrungen von hundert Jahren muß die deutsche Sozialdemokratie erkennen:

Reine Lehre und Bildung einer "Gegengesellschaft" führen in die Isolation und zur politischen Ohnmacht mit all ihren verhängnisvollen Folgen.

Wir müssen den Mut finden, uns frei zu wissen zur eigenen Geschichte in der Gegenwart. Wir müssen das Risiko der Freiheit eingehen. Die Einsicht ist nicht neu, daß die freiheitliche Demokratie eine Staatsform ist, die gegen Störungen besonders empfindlich ist. Sie bedarf zu ihrer Erhaltung beständiger Wachsamkeit. Das ist der Preis für ihre unverzichtbaren Vorzüge. Wie störanfällig eine solche Ordnung ist, haben uns die bitteren Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft gezeigt. Die Weimarer Republik ist ihrem Gegner nahezu wehrlos zum Opfer gefallen. Die Väter des Grundgesetzes haben daraus Konsequenzen gezogen. Wir haben das Notwendige getan, um unsere freiheitliche Demokratie vor ihren Feinden zu schützen.

Im Vordergrund unserer Sorge steht seit einiger Zeit der Terrorismus. Daß es für terroristische Gewaltakte keinerlei Rechtfertigung gibt, darüber gibt es keinen Streit.

Die Auseinandersetzungen um die wirksame Bekämpfung des Terrorismus haben aber auch die Gefahr deutlich gemacht, aus Angst vor terroristischem Mord Grundrechte in ihrer Substanz zu beschädigen. Auch angesichts der Möglichkeit neuer Terrorakte haben wir deshalb sehr genau abzuwägen, was zum Schutz des Staates und der Bürger geschehen muß und geschehen kann, ohne daß unsere freiheitliche Demokratie zum Polizeistaat degeneriert.

Die Lehren aus dem Sozialistengesetz sind sehr kompliziert, um mich vorsichtig auszudrücken.

Freiheit ist nicht nur von außen bedroht und nicht nur von denjenigen, die eine andere Gesellschaft oder eine andere Republik wollen. Sie kann auch bedroht sein durch den Mangel an Bereitschaft, die gesellschaftliche und staatliche Ordnung ständig weiterzuentwickeln.

Frei ist nur, wer von seiner Freiheit auch Gebrauch macht. Unser Grundgesetz erwartet vom Bürger, daß er ein selbstbewußtes Mitglied einer freiheitlichen Gemeinschaft ist. Eine streitbare Demokratie braucht streitbare Demokraten. Sie braucht deshalb auch mehr Gelassenheit im Umgang mit der jungen Generation.

Wenn Freiheit für alle Bestand haben soll, dann muß der Staat mehr sein als Ordnungsmacht, dann muß er Sozialstaat sein.

Die Forderung des Tages lautet deshalb:

Wir dürfen nicht nachlassen in unserem gemeinsamen Bemühen um die fortschreitende Verwirklichung von mehr sozialer Gerechtigkeit.

Peter
Christian
Witt

Gesamt-
hochschule
Kassel

Obrigkeits-
staat
gegen
liberalen
Rechtsstaat

Für meine notwendigerweise knappen Anmerkungen zum Entstehungs- und Wirkungszusammenhang des Sozialistengesetzes von 1878 habe ich das Stichwort "Obrigkeitsstaat gegen liberalen Rechtsstaat" gewählt, um damit Ihre Aufmerksamkeit auf drei mir wesentlich erscheinende Gesichtspunkte zu lenken:

Zunächst gilt es mir hervorzuheben, daß das Sozialistengesetz nicht nur ein Ausnahmegesetz zur Unterdrückung der emanzipatorischen Bestrebungen der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen, also der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften, war, sondern daß sich dieses Gesetz zumindest in gleichem Maße auch gegen die politischen und gesellschaftlichen Ideen des Liberalismus richtete. Sodann muß die Doppelrichtung der Konsequenzen, die sich aus der Verfemung eines Teils der Bevölkerung als "Reichsfeinde" ergaben, angesprochen werden — und zwar für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in Deutschland wie aber auch für die Herausbildung und Verinnerlichung einer sozialdemokratischen Organisationswelt, in die die Anhänger der Sozialdemokratie von der Wiege bis zur Bahre eingebettet waren, damit aber auch von der "bürgerlichen" Umwelt getrennt wurden.

Schließlich ist ein dritter Aspekt zu berücksichtigen:

In der Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie kam symptomatisch die im Laufe des 19. Jahrhunderts sich vollziehende Ausprägung des deutschen "Sonderweges", der Abkopplung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland von der der westlichen Demokratien, zum Ausdruck.

Wir müssen an dieser Stelle einige kurze Bemerkungen über die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, wie sich die Sozialdemokratie seit dem Gothaer Einigungsparteitag von 1875 nannte, einfügen. Im Kern war die Partei, in der terroristische oder anarchistische Strömungen nie Einfluß gewonnen hatten, bereits eine nichtrevolutionäre Reformpartei.

Sicher enthielt das Gothaer Programm neben vielen theoretischen Unklarheiten auch mancherlei sentimentale Phrasen und revolutionäre Rhetorik, aber entscheidender war, daß die Partei hier eine Konzeption für eine allmähliche Demokratisierung des Staates "mit allen gesetzlichen Mitteln" formuliert hatte. Diesem Konzept entsprach ihre politische Praxis. Mit den

ihr nahestehenden Gewerkschaften kämpfte die Sozialdemokratische Partei für die Ausdehnung der politischen Rechte, für staatsbürgerliche Freiheiten und für soziale Reformen.

Für die bürgerliche Gesellschaft war dieses Programm freilich beunruhigend genug; stellten doch seine Forderung nach politischer und sozialer Gleichberechtigung der Arbeiterschaft als Klasse, und das darin zum Ausdruck gelangende neue Selbstbewußtsein des Industrieproletariats den unausgesprochenen Basiskonsensus eben dieser bürgerlichen Gesellschaft zur Disposition, daß es nämlich eine aufgrund von Tradition, von Besitz und Bildung zur Herrschaft berufene Klasse und daneben eine aufgrund von Besitzlosigkeit und mangelnder Bildung zum Dienen bestimmte Klasse gäbe. Wohl war individueller Aufstieg in dieser Vorstellung nicht ausgeschlossen, sondern zu deren Selbstbestätigung sogar erwünscht, aber, wie die Sozialdemokratie es wollte, durch Änderung der ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen der gesamten Arbeiterklasse als solcher einen gleichberechtigten und gleichwertigen Status in Staat und Gesellschaft zu verschaffen, galt den privilegierten Schichten als eine tödliche Bedrohung der Gesellschaftsordnung, als eine krankhafte Entartung, die zu bekämpfen nicht nur Recht, sondern Pflicht des Staates war.

Bekämpfung der Sozialdemokratie mit den vorhandenen gesetzlichen Instrumentarien, d. h. mit den Mitteln der durch die Justiz "einseitig den Interessen und Ideologien der herrschenden Klasse" dienstbar gemachten Straf- und Vereinsgesetze, war daher in Preußen und seit 1871 auch im Deutschen Reich an der Tagesordnung. Aus dem gleichen Grunde fand das von der Saar- und Ruhrindustrie seit 1877 sozusagen als privates Sozialistengesetz praktizierte Verfahren, alle sozialdemokratischen oder sozialdemokratischer Neigung verdächtigten Arbeiter sofort zu entlassen und sie auf schwarze Listen zu setzen, auch keinerlei entschiedenen Widerspruch in der bürgerlichen Gesellschaft.

Einer Ausnahmegesetzgebung freilich, wie sie im Reich schon 1875 mit der Unterstrafstellung aller Angriffe auf die Institutionen der Ehe, der Familie und des Eigentums angestrebt wurde, versagte damals der Reichstag noch einstimmig die Genehmigung.

Es geschah jedoch nicht so sehr aus liberaler Geisteshaltung, sondern weil die im Entwurf vorgeschlagenen, mit dem treffenden Begriff "Kautschukparaph" bezeichneten Formulierungen, doch zu dehnbar erschienen, um völlig auszuschließen, daß sie nicht eines Tages auch als juristische Handhabe zur Verfolgung anderer als der gemeinten sozialdemokratischen Überzeugungen dienen konnten.

Angesichts der sich in den Reichstagswahlergebnissen abzeichnenden Agitations- und Wahlerfolge der Sozialdemokratie, auch angesichts der langdauernden Wirtschaftsdepression in den Jahren nach der Reichsgründung nahm allerdings bei den besitzenden Schichten die Angst vor der Sozialdemokratie und vor den Gewerkschaften laufend zu. Universitätsprofessoren wie Heinrich v. Treitschke begannen vom Untergang der deutschen Kultur zu fabulieren; in den Reden von Parlamentariern der bürgerlichen Parteien tauchte die Klage über die Sozialdemokratie als "Krebsgeschwür unserer Zeit" immer häufiger auf.

Diese Panikstimmung machte sich Bismarck zunutze; freilich in einer Weise, die nachträglich manchem Liberalen, der gedankenlos in diesen Chor eingestimmt hatte, das Fürchten lehrte. Denn Bismarcks Ziel war spätestens seit 1876 eine grundlegende Umgestaltung der Innen- und Wirtschaftspolitik des Kaiserreichs, die Abkehr vom Freihandel und die Hinwendung zum "Solidarprotektionismus" für Industrie und Landwirtschaft, eine Zielsetzung, der nicht so sehr die kleine sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sondern die liberale Reichstagsmehrheit im Wege stand.

Bismarcks Entschluß, die beiden Attentate auf Wilhelm I. im Mai und Juni 1878 zur Durchpeitschung eines Sozialistengesetzes zu nutzen und, als dies im ersten Anlauf nicht gelang, nach dem zweiten Attentat, den Reichstag aufzulösen und eine maßlose Demagogie zur Herstellung einer gefügigen Reichstagsmehrheit zu entfesseln, war daher zumindest im gleichen Maße wie gegen die Sozialdemokratie auch gegen die Liberalen gerichtet. Sie verloren in diesen Wahlen endgültig ihre beherrschende Stellung im Reichstag. Danach gelang es Bismarck ohne besondere Anstrengung, die Nationalliberalen bei der wirtschaftspolitischen Umorientierung wie beim nun erneut eingebrachten "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" auf seine Konzeption festzulegen.

Das am 18. Oktober 1878 mit den Stimmen der beiden konservativen Parteien und der Nationalliberalen angenommene Ausnahmegesetz stellte praktisch jede außerhalb des Parlaments stattfindende sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Betätigung unter Strafe. Sozialdemokraten wurden für vogelfrei erklärt; sie wurden zu Reichsfeinden stilisiert, die abzuwehren und zurückzudrängen Aufgabe aller reichstreuen Kräfte war. Der Maßnahmekarakter dieses Gesetzes war offensichtlich; ebenso offensichtlich auch seine zutiefst antiliberalen Gesinnung.

Die Bereitwilligkeit, mit der die Nationalliberalen die liberalen Rechtsstaatsprinzipien preisgaben und Bismarcks Auffassung folgten, daß man sich über "die Barrieren hinwegsetzen (müsse), die die Verfassung in übergroßer doktrinärer Fürsorge zum Schutze des einzelnen und der Parteien in den sogenannten Grundrechten errichtet habe", besiegelte den Niedergang der nationalliberalen Partei, die von nun an nur noch "national" war. Die Position des politischen Liberalismus war damit so geschwächt, daß seine Anhänger nie mehr im Deutschen Kaiserreich eine gestaltende verfassungspolitische Rolle zu spielen vermochten. Nicht minder bedeutsam war jedoch, daß das Sozialistengesetz die deutsche Nation dauernd spaltete, daß ungebildete und vor allen Dingen gebildete Antisozialisten zum Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie aufriefen. Wenn der immerhin als Jurist nicht unbedeutende Rudolf Gneist 1894 Sozialdemokratie und Anarchisten in einen Topf warf und davon sprach, daß die sozialdemokratische "Theorie sich als Mord und Plünderung verwirkliche" und zu deren "Zerschmetterung" aufforderte, so dokumentierte sich darin auch jener politische Irrationalismus, der damals weite Teile des Bürgertums ergriffen hatte, dessen schreckliche Konsequenzen sich auch mit dem Jahre 1933 bezeichnen lassen.

Durchsetzung antiliberaler Gesinnung, Irrationalisierung des Politischen und bewußte, leichtfertige Spaltung der Nation sind dann auch jene Faktoren, in denen sich die Herausbildung des deutschen "Sonderweges", die endgültige Abkopplung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland von den gemeineuropäischen Traditionen vollzog.

Für die deutsche Sozialdemokratie bedeutete das Sozialistengesetz ebenfalls eine Wendemarke; unter dem Druck der polizeilichen und gerichtlichen

Verfolgungen und der fortdauernden sozialen Verfemung blieb der Sozialdemokratie kaum eine andere Möglichkeit, als den Fehdehandschuh der bürgerlichen Gesellschaft aufzunehmen und sich eine eigenständige, alle Lebensbereiche erfassende Organisationswelt, sich die Heimat selbst zu schaffen, die die herrschenden Schichten den "heimatlosen Gesellen", den "Volksfeinden" verweigerten.

Ihren Aufstieg zur stärksten Partei vermochte das Sozialistengesetz nicht zu stoppen, wohl aber vermochte es durch die Verwandlung des Nationalstaats in einen Klassenstaat, durch den hierin wie auch in der komplementären Sozialgesetzgebung zum Ausdruck kommenden Sieg des autoritären Staates über den liberalen Rechtsstaat die politische und soziale Reformfähigkeit des Deutschen Kaiserreichs erfolgreich zu blockieren und damit zugleich auch den Grundstein zum Zusammenbruch des Kaiserreichs zu legen.

Diese Entwicklung war freilich nichts weniger als unabwendbar.

Schon 1873 hatte der konservative Sozialreformer Hermann Wagener eine zukunftsweisende Alternative zu dieser Politik vorgetragen, wenn er darauf verwies, "daß jeder Versuch der Verständigung und Ausgleichung mit den arbeitenden Klassen durchaus aussichtslos ist, solange man sich nicht auf den Standpunkt vollkommener politischer und sozialer Gleichberechtigung stellt. Die Periode patriarchalischer Bevormundung und Beherrschung ist für immer dahin . . . und es ist kein Kompromiß und kein Vertragsabschluß möglich, wenn nicht beiden Teilen, den Arbeitern wie den Besitzenden, gleiche Vorteile gewährt werden, und zwar Vorteile, welche unter die Garantie und die Reformtätigkeit der Staatsgewalt gestellt werden."

Willy
Brandt

Vorsitzender
der SPD

Im Kampf
für Freiheit
suche stets
dein Recht

I.

Wir erinnern uns heute eines der leider zahlreichen Daten unserer Geschichte, die weder freudige Gefühle wecken noch zu nationalem Stolz berechtigen.

Die hundertste Wiederkehr des Tages, an dem das Gesetz "gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" eingebracht wurde, veranlaßt uns zum Nachdenken. Sie kann auch dazu beitragen, daß wir aus Vergangenen lernen — und dazu sollte die Beschäftigung mit der Geschichte ja eigentlich da sein.

Erinnern wir uns zunächst noch etwas genauer: Am 11. Juni 1878, also heute genau vor hundert Jahren, ist es soweit: der Reichskanzler schreitet zur Tat. Nach zwei Attentaten auf den Kaiser scheint ihm der Boden endlich bereitet. In der — zutreffenden — Erwartung, daß ihm Neuwahlen eine gefügige Mehrheit bescheren und ihm freie Hand geben würden, löst er den Reichstag auf. Er will eine gründliche und nachhaltige Kurskorrektur der inneren Politik.

Wir wissen: Otto von Bismarck war die Einigung nach außen gelungen. Während seiner Kanzlerschaft blieb ihm bewußt, was die späte Reichsgründung im Herzen Europas bedeutete. Seine auswärtige Politik war durch Realismus und Augenmaß gekennzeichnet. Die Einigung nach innen hat Bismarck nicht vollbracht.

Im Gegenteil, er hat wesentlich dazu beigetragen, daß sie auf lange Zeit verschüttet wurde. Denn er handelte nach dem in seinen "Erinnerungen" niedergelegten Grundsatz, für die Sicherheit des Staates sei das Übergewicht derer erforderlich, die "den Besitz" vertreten.

Sieben Jahre nach der im Glanz militärischer Siege vollzogenen Reichsgründung schien ihm dieses Übergewicht gefährdet. Das Gespenst von Liberalismus und Sozialdemokratie sollte nicht länger das kaiserliche Deutschland bedrohen.

"Wähler in Stadt und Land! Gebt durch Euer Votum am morgigen Tag zu erkennen, daß die Nation in Treue um den Kaiser geschart bleiben will." So ließ sich vor der Wahl die "Norddeutsche Allgemeine" vernehmen, des Kanzlers Sprachrohr.

Die "Kreuz-Zeitung" wurde, wie so oft, noch etwas deutlicher. Sie spricht aus, worauf es dem Kanzler, Außenminister und preußischen Ministerpräsidenten ankam: "Jetzt gilt es, das monarchische Prinzip und die obrigkeitliche Autorität gegenüber den Herrschaftsgelüsten der Massen wie der Parlamente zu schützen . . . Der Sozialismus ist die konsequente Fortbildung des Liberalismus . . . Wer also den Sozialismus bekämpfen will, muß bei dem Liberalismus den Anfang machen." Tatsächlich hatte Bismarck im Wahlkampf die Nationalliberalen mit noch wüsteren Attacken überzogen als die junge Sozialdemokratie. Dies kam nicht von ungefähr. Denn die Nationalliberale Partei, auf die Bismarck für eine Mehrheitsbildung im Reichstag angewiesen war, hatte sich zwar 1866 — nach dem Sieg über Österreich — von der Fortschrittspartei abgespalten und mit dem "kleindeutschen" Einigungskurs arrangiert, die Zielvorstellungen der Liberalen — des "linken Flügels" in der Fortschrittspartei und des "rechten Flügels" in der Nationalliberalen Partei, waren jedoch insofern die gleichen geblieben, als sie eine Parlamentarisierung des Reiches erstrebten; Kanzler und Regierung sollten dem Reichstag verantwortlich sein.

Um nachvollziehen zu können, welche Sprengkraft in den liberalen Forderungen lag, muß man sich vor Augen halten: Das Deutsche Reich war zwar kein Willkürstaat, aber was sah die Verfassung vor? Der Reichskanzler war einzig und allein dem Kaiser verantwortlich; er beherrschte die Reichsbehörden, an deren Spitze weisungsgebundene Staatssekretäre standen; und er beherrschte zugleich den Bundesrat, ohne dessen Zustimmung kein Gesetz in Kraft trat und in dem Preußen Vetorecht besaß. Kurzum: das Reich war ein monarchischer Obrigkeitsstaat, in dem die preußische Militäraristokratie das Sagen hatte. Wer an eine seiner Säulen rührte, der drohte das ganze Gebäude zum Einsturz zu bringen.

1878 nun wollte Bismarck die Gefahr endgültig bannen. Er wollte klare Verhältnisse.

Die Rechnung geht auf: Angesichts ihrer bröckelnden Mehrheit — sie verlieren mehr als ein Fünftel ihrer Sitze — und verängstigt durch eine schleichende Wirtschaftskrise zeigen sich die Nationalliberalen willfährig. Sie schwören den alten Idealen ab, verzichten auf ihre ureigene Forderung nach Parlamentarisierung des Reiches und stimmen — am 19. Oktober 1878

— dem Sondergesetz gegen die Sozialdemokratie zu. Mit der Bewilligung der Schutzzölle und dem Bekenntnis zur Kolonialpolitik vollendete sich ein Jahr später dann die sogenannte "innere Reichsgründung". Sie wurde zur Tragödie des deutschen Liberalismus. Hier liegen auch die Wurzeln dafür — jedenfalls unter anderem —, daß Weimar scheiterte; das Bürgertum war überwiegend nicht auf konstruktive Mitträgerschaft der demokratischen Republik vorbereitet. Hieraus erklärt sich weiter, weshalb die deutsche Sozialdemokratie so lange im Abseits blieb und es auch als Massenpartei noch schwer hatte, ihre Isolierung zu überwinden. Gewiß, es gab die Weimarer Koalition. Im geschichtlichen Zusammenhang bedeutete sie eben kaum mehr als eine Episode.

Bei uns in der Bundesrepublik gibt es nun seit bald einem Jahrzehnt (im größten Bundesland schon im zwölften Jahr) eine Koalition von Sozialdemokraten und Freien Demokraten — das sozial-liberale Regierungsbündnis, wenn ich mich an den Sprachgebrauch von 1969 halten darf. Die Erfahrung wird zeigen, wie weit es trägt und welche Spuren es hinterlassen wird. Seine Leistungen waren besser, als es sich dessen Träger zuweilen eingestanden haben (— man könnte salopp hinzufügen: die Leistung der Truppe war durchweg besser als deren Stimmung.) Jeder Rückblick, der noch etwas früher ansetzt als vor hundert Jahren, läßt uns immer wieder erkennen, wie schwer es das Deutschland der Aufklärung und des Humanismus gehabt hat. Und wie schwer es gewesen ist, freiheitliche Prinzipien in unserem staatlichen und gesellschaftlichen Leben zu verankern. Ich verkenne dabei nicht die demokratischen Reserven, die sich unter dem Eindruck der NS-Herrschaft und dann im Zusammenhang mit der europäischen Entwicklung auch im christlich-demokratischen und konservativen Lager ansammelten. Keiner darf so tun, als könnte er der Rechten pauschal den Stempel des Reaktionären aufdrücken. Aber ich meine, daß die Zukunft der deutschen Demokratie weiterhin in hohem Maße dadurch bestimmt sein wird, ob und wie die Kräfte des demokratischen Sozialismus mit denen eines modernen sozialen Liberalismus gebündelt werden können. Die Rückbesinnung auf die Konstellation und die Ereignisse des Jahres 1878 sollte uns jene historische Dimension der sozialliberalen Zusammenarbeit erkennen lassen,

die über den Mühen und Querelen des Tages bisweilen verloren zu gehen droht.

Hier durch die Paulskirche zu Frankfurt war dreißig Jahre vor der Wende von 1878 jener revolutionäre Hauch gezogen, der einen kurzen Augenblick hatte hoffen lassen, die Einheit könne in Freiheit verwirklicht werden und der deutsche Nationalstaat werde auf der Souveränität des Volkes gegründet sein.

Der Sieg der Reaktion nach 1848 hatte schreckliche Folgen. Das deutsche Bürgertum in seinen entscheidenden Gruppierungen kapitulierte vor Armee und Aristokratie und ließ sich den Verzicht auf politischen Einfluß durch Teilhabe an wirtschaftlicher Macht vergolden. Der konsequentere Flügel der Liberalen, der sich nicht blenden ließ und natürlich auch gegen Bismarcks Ausnahmegesetz stimmte, war viel zu schwach, als daß er den Obrigkeitsstaat ernsthaft hätte herausfordern können.

Deshalb war es unter den deutschen Bedingungen — mehr als anderswo — die Arbeiterbewegung, die an die guten liberalen Traditionen anknüpfte; sie war es, die das Erbe der Paulskirche nicht verkommen ließ. Wen immer man zu den Ahnherren der deutschen Sozialdemokratie zählt — Ferdinand Lassalle, Bebel und Liebknecht, Marx und Engels —, sie alle wußten, daß der Kampf der Arbeiter, der breiten Schichten um soziale Emanzipation nur im Verbund mit der Demokratie Erfolg haben und seine doppelte Erfüllung finden konnte.

Von Anbeginn lastete auf der Sozialdemokratie die doppelte Bürde, die sie nicht immer leicht getragen hat; sie mußte den Kampf um die sozialen Rechte mit dem um die demokratischen Freiheiten verbinden. Dieser Kampf ist noch immer nicht dauerhaft gewonnen. Die Sicherung sozialer Errungenschaften verbindet sich auch in unseren Tagen mit dem Einstehen für mitbürgerliche Liberalität und freiheitliche Rechtsstaatlichkeit. Für das Ringen um die Verwirklichung der sozialen Demokratie wird das auch in Zukunft gelten.

II.

Ich habe, wie man wohl gemerkt haben wird, hier nicht das Wort genommen, um den Blick nur zurückschweifen zu lassen. Ich bin auch nicht hierher gekommen, um nur über und für meine Partei zu sprechen — obwohl ich über die bürokratischen Spatzenhirne nur lachen kann, die immer gern wissen möchten, "in welcher Eigenschaft" man etwas sagt — als ob ich auf dem Weg zu einem Rednerpult (oder zu ausländischen Gesprächspartnern) vergessen könnte oder vergessen machen möchte, daß ich Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bin.

Dies bedeutet jetzt nicht, daß ich unsere Geschichte nur durch eine Partei-brille zu betrachten geneigt sei: Ich habe vor Jahr und Tag gesagt, und dabei bleibt es: Bebel und Bismarck gehören gleichermaßen zu unserem geschichtlichen Erbe — wie Ebert und Stresemann, Schumacher und Adenauer.

Nicht nur Sozialdemokraten wissen, daß wir uns mit einem unglücklichen Abschnitt deutscher Geschichte zu befassen haben, in dem von der Entman-nung des Liberalismus und von der Unterdrückung der Sozialdemokratie die Rede ist.

Es handelt sich ja nicht allein darum, daß der Arbeiterbewegung ihr Platz am Tisch der Gesellschaft so lange verwehrt wurde. Es geht ja zugleich darum, daß sich der demokratische Durchbruch so sehr verzögerte. Und daß wir, als man Liberalismus und Sozialdemokratie knechtete, in Wirklichkeit von wichtigen europäischen Entwicklungen isoliert wurden — mit all den bedrückenden Konsequenzen, die wir erfahren haben und die nachwachsende Generationen hoffentlich aus dem Weg räumen konnten.

Aber es ist dies doch zugleich ein Zeitabschnitt, der nicht nur Niederdrückendes vermittelt, sondern von dem auch Inspirierendes ausgeht. Der Freiheitsfaden in der deutschen Geschichte — er konnte immer wieder aufgegriffen, an ihn konnte immer wieder angeknüpft werden; vom "roten Faden" will ich nicht sprechen, um niemanden zu provozieren, und weil dies in der Tat mißverstanden werden könnte.

Keine Frage: In einem auch noch so unvollkommenen demokratischen System wären Arbeiterschaft und Sozialdemokratie nach und nach, jedenfalls früher, in die Gesellschaft integriert worden. Der preußisch-deutsche

Klassenstaat aber wollte, so wie er nun einmal geworden war, der aufstrebenden Sozialdemokratie keinen Raum zur Entfaltung lassen. Zu einem Brückenschlag konnte es hier nicht kommen.

Hören wir August Bebel. In seiner Autobiographie schildert er seine Ausweisung aus Leipzig im Jahre 1880: "Daß man uns wie Vagabunden und Verbrecher ausgewiesen und ohne eine gerichtliche Prozedur von Weib und Kind gerissen hatte, empfand ich als eine tödliche Beleidigung, für die ich Vergeltung geübt, hätte ich die Macht gehabt. Kein Prozeß, keine Verurteilung hat bei mir ähnliche Gefühle des Hasses, der Er- und Verbitterung hervorgerufen . . ."

Bebels Worte mögen uns nachfühlen lassen, welche Verzweiflung über unzählige Familien gebracht wurde. Sie mögen auch eine Ahnung von jener tiefen Kluft vermitteln, die sich zwischen dem kaiserlichen Deutschland und der Sozialdemokratie auftat. Jene Kluft beschreiben, heißt zugleich: die Frage stellen nach den Handlungsbedingungen der jungen SPD, den objektiven und den subjektiven, heißt: nach deren Strategie und Taktik zu fragen.

Irgendwelchen junkerlichen Zähnen, so berichtet Franz Mehring in seiner "Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", sei damals das geflügelte Wort entflohen, man müsse den roten Lappen so lange schwingen, bis er in den Augen der geängstigten Philister wie der Schein brennender Städte aussehe. Bismarck verbarg denn auch nicht seinen Plan, die Sozialdemokratie bis aufs Blut zu reizen, damit sie losschlage und um so gründlicher ausgeschaltet werden könne.

Nun, diese Rechnung ging, wie wir wissen, nicht auf. Die Sozialdemokratische Partei wußte, daß es keine revoltierende Alternative gab; sie hat sich nicht aufs Glatteis führen lassen. Sie blieb während des zwölfjährigen Untergrunddaseins jener Losung treu, die der "VORWÄRTS" noch vor Inkrafttreten des Gesetzes ausgegeben hatte: "Parteigenossen! Laßt Euch nicht provozieren! Man will schießen! Die Reaktion braucht Krawalle, ihr Spiel zu gewinnen!"

Die Partei fügte sich ins Unabänderliche — in der sicheren Erwartung, daß die Zeit für sie arbeiten und das Gesetz früher oder später fallen würde. In der Zwischenzeit galt es, den inneren Zusammenhalt zu wahren, ihn zu

festigen und alles zu tun, um im richtigen Augenblick wieder "da" zu sein. Die Entwicklung schien ihr Recht zu geben. Allen Drangsalierungen zum Trotz wurden die Partei und die mit ihr verbundenen gewerkschaftlichen Organisationen stärker und selbstbewußter. Und die Herrschenden hatten — im Gegensatz zu unseren Peinigern im 20. Jahrhundert — noch jene Skrupel, die sie vor letzten Mitteln zurückschrecken ließen. Aber für die deutschen Sozialdemokraten sollte es dabei bleiben, daß sie immer viel zu verlieren hatten.

Bismarck hatte — dies ist wichtig festzustellen — das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag nicht angetastet. Und so konnten sich die Sozialdemokraten unter dem Ausnahmegesetz an den Wahlen beteiligen — wenn auch ohne legale Organisation. Und sie konnten die Tribüne des Reichstags für die Agitation nutzen. Das war ein unschätzbare Mittel. Dies macht verständlich und einsichtig, daß die Reichstagsfraktion, die damals zunächst aus ganzen neun Abgeordneten bestand und nun die Aufgaben der Parteiführung wahrnahm, in besonderem Maße auf die Wahrung der "Legalität" achtete. "An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrundegehen" — so hieß es beispielsweise im ersten Flugblatt, das illegal verbreitet wurde. Die Partei hat dies nicht daran gehindert, auf ihrem ersten Auslands-Parteitag — im Oktober 1880 auf Schloß Wyden in der Schweiz — festzustellen, der Kampf sei "mit allen Mitteln" zu führen; der Zusatz "gesetzlich" wurde gestrichen. Alle Vernunft sprach jedoch dafür, sich nicht vollends in den Untergrund drängen zu lassen, sich von anarchistischen Verirrungen klar abzugrenzen, auf die parlamentarischen und andere gesetzliche Möglichkeiten nicht zu verzichten.

Einige haben hier die Quelle eines Legalitätsdenkens gesucht, das die deutsche Sozialdemokratie in ihrer weiteren Entwicklung mehr als einmal zur Tatenlosigkeit verurteilt habe. Das ist so nicht richtig. Wichtig ist allerdings der Zusatz, daß es eine abstrakte, über den Wolken schwebende Legalität nicht gibt.

Wer das nicht erkennt — und leider gibt es dafür ganz aktuelle Beispiele —, der kommt zum Beispiel allen Ernstes zu dem erschreckenden Ergebnis, heute könne nicht Unrecht sein, was während der NS-Barbarei als rechtens galt.

Die SPD muß sich also fragen lassen, ob sie 1918 — beim Übergang zur Republik konsequent genug einer neuen Gesetzlichkeit die Bahn gebrochen hat und ob sie den Bruch mit den alten Machtstrukturen und den anti-demokratischen Kräften nicht viel energischer hätte vollziehen müssen. Das Jahr 1920 bietet immerhin ein Beispiel entschlossenen Handelns: Da waren es die deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, die im Namen der demokratischen Legalität zum Generalstreik aufriefen und dafür sorgten, daß die junge Republik nicht schon am Kapp-Putsch scheiterte.

Der Juli 1932 bietet wieder ein anderes Beispiel. Als Reichskanzler Papen die Preußen-Regierung unter Braun und Severing absetzte, rechtfertigte der Parteivorstand das Stillhalten damit, die Arbeiterschaft habe nur zu "Widersetzlichkeiten" herausgefordert werden sollen. Einige der damals Agierenden haben hinterher auseinandergesetzt, daß die Opfer eines — mutmaßlich zum Scheitern verurteilten — Widerstandes moralisch nicht zu rechtfertigen gewesen wären.

Ich habe das damals, als junger Sozialist, nicht überzeugend gefunden, und ich finde es auch aus heutiger Sicht nicht überzeugend. Schlimmer noch war es mit den legalistischen Illusionen, die noch nach der Amterschleichung Hitlers herumgeisterten und unter anderem zu den makabren Begleiterscheinungen des 1. Mai 1933 führten.

Worauf ich hinaus will? Was einmal richtig war, muß nicht immer richtig sein. Entscheidend ist, daß eine freiheitliche Orientierung strategisch begründet ist und taktisch wirksam durchgesetzt wird.

Bebel hatte — und darauf kam es an — die Taktik genau durchdacht: er wußte, was man wie erreichen konnte. Als er einmal auf einer Wahlversammlung in Bremen sprach, sangen ihm junge Arbeiter der Weserwerft ein Lied, das sich um einen schönen Satz von ihm rankte: "Im Kampf für Freiheit suche stets dein Recht" — dieser Satz steht denn auch nicht ohne Grund als Motto über meiner Rede.

Franz Mehring verglich die Taktik der Partei unter dem Ausnahmegesetz mit dem Verfahren eines Festungskommandanten, der beim Heranrücken einer überwältigenden Feindesmacht die Vorstädte abbrennt, um sich desto sicherer hinter seinen Mauern und Wällen zu verschanzen.

Nach außen den schmalen Rahmen zu achten, der der Partei geblieben war, hinderte sie nicht — vorrangweise in Gesang- und Geselligkeitsvereinen — eine umfassende und weit gefächerte Tarnorganisation aufzubauen und das Informationsnetz so dicht wie möglich zu knüpfen. Der gute Ruf, den die sozialdemokratische Parteiorganisation über die Jahrzehnte hinweg innehatte — leider nicht immer noch voll gerechtfertigt — hat hier seine Wurzeln.

Von Zürich aus wurde das neue Zentralorgan, der "Sozialdemokrat", nach Deutschland hineingeschuggelt, und die selbstlose Mithilfe Schweizer Gesinnungsfreunde steht auf einem Ruhmesblatt der Solidarität.

Mit dem Zentralorgan hatte es nun freilich seine eigene Bewandnis — nicht nur wegen der abenteuerlichen Wege, die das Blatt machte, um an den Leser zu kommen. Unter der Redaktion von Eduard Bernstein — der Anfang 1881 Georg von Vollmar nachfolgte — wurde der "Sozialdemokrat" nämlich zum Träger und Vermittler der marxistischen Theorie — richtiger muß man wohl sagen: was dafür gehalten wurde. Offensichtlich bedurfte es erst der Ausnahmesituation, damit Marx mit seinen Ideen in der SPD wirklich Fuß fassen konnte. Sicher, auch die Wirtschaftskrisen schienen Beweis für die Richtigkeit der im Londoner Exil ausgearbeiteten Analysen zu liefern. Aber war es nicht vor allem jener Obrigkeitsstaat, der seine Machtmittel einsetzte, um dem Arbeiter alle Rechte abzuspochen, der der revolutionären Theorie den Boden bereitete?

Wie auch immer: Hin und wieder beschwerte sich zwar die Reichstagsfraktion über die radikalen Töne der Zeitung und sah sich in ihrem legalistischen Kurs gefährdet — zugleich war es der "Marxismus", der der geknebelten Partei jenes Prinzip Hoffnung einhauchte und jene Zukunftserwartungen weckte, ohne die die Drangsalierungen und Verfolgungen schwerlich hätten bestanden werden können. Auch diesen Aspekt gilt es vor Augen zu haben, wenn wir uns mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen.

Am 25. Januar 1890 ist es soweit. Eine verschärfte Fassung des Gesetzes — der konservativen Fraktion geht sie noch nicht weit genug — wird von der Mehrheit des Reichstags abgelehnt. Überall im Land versammeln sich die Mitglieder der SPD zu spontanen Freudenfeiern. Sie warten gar nicht mehr ab, bis das alte Gesetz im Oktober ausgelaufen ist.

Dem Fall des Gesetzes folgt ein grandioser Wahlerfolg und diesem — wenn auch zusätzlich durch andere Faktoren bedingt — die Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. Der ist seit zwei Jahren am Ruder und gibt sich erst "sozial-reformerisch", um dann mit den reaktionären Wölfen zu heulen.

Ich habe deutlich in Erinnerung, wie mir unser Wilhelm Deffner aus Augsburg vor ein paar Jahren, an seinem 105. Geburtstag, von dem Wahlabend nach dem Fall des Sozialistengesetzes erzählte. Er kam als junger Mann, der von da ab unser Mitglied war, in eine der Gastwirtschaften, in denen sich die Genossen trafen: "Harte Männer schlossen sich in die Arme und alle weinten."

Die Partei zog noch während des Wahlkampfes Bilanz — wohl wissend, daß eine genaue Statistik aller Verbote, Haussuchungen, Verhaftungen, Ausweisungen gar nicht zu fertigen war. Das, wie Mehring formulierte, "künstlich gezüchtete Denunziations- und Lockspitzelwesen" konnte schon gar nicht präzise beschrieben werden.

Was man zusammenrug, gibt dennoch Aufschluß genug: 1300 Druckschriften verboten; 322 Organisationen aufgelöst; 900 Ausweisungen — darunter von 500 Familienvätern — aus Gebieten, über die der Belagerungszustand verfügt wurde; durch gerichtlich verhängte Freiheitsstrafen — zumeist freilich von kurzer Dauer — waren 1500 Personen betroffen.

Die Zahlen spiegeln die Wirklichkeit nur annähernd wieder. Von der Demütigung und Zerstörung zahlreicher menschlicher Existenzen geben sie nicht mehr als eine Ahnung. Unabhängig von Ziffern bedeutete das Anti-Sozialistengesetz:

Nicht nur Auflösung der Parteiorganisation, nicht nur Verbot ihrer Zeitungen, sondern potentieller Ausnahmestand für alle, die sich zur Sozialdemokratie bekannten. Jederzeit konnte man aus seinem Heimatort verbannt

werden. Dies hatte katastrophale Folgen für viele der Familien, deren Versorger um Lohn und Brot gebracht wurden. Nicht gering war die Zahl derer, die außer Landes gehen mußten. Die Auswanderung nach Amerika bedeutete — nicht erst damals — für Deutschlands demokratische Zukunft einen Aderlaß, der selten voll gewürdigt worden ist.

Dies gesagt, muß allerdings gleich hinzugefügt werden: Eine Gleichstellung mit dem systematisch-teuflischen, vernichtenden Terror während der anderen zwölf Jahre — denen von 1933 bis 1945 — wäre abwegig; es handelt sich nicht um einen graduellen, sondern um einen prinzipiellen Unterschied.

Ein anderes ist wichtig und bleibt hinzuzufügen: Unter den verbotenen Arbeiterorganisationen waren die mit der Partei verbundenen Gewerkschaften. Auch sie fanden sich im Untergrund oder in der Halblegalität wieder — getarnt häufig als Krankenvereine. Zahlreiche Streiks, zu denen es während des Ausnahmegesetzes kam, und die Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, haben wesentlich dazu beigetragen, das Bewußtsein der Arbeiter zu schärfen und den gewerkschaftlichen Zusammenschluß entscheidend zu fördern.

Das Verbot der gewerkschaftlichen Organisationen konnte an vielen Orten und in manchen Berufszweigen mit Erfolg überspielt werden, so daß neue legale Vereinigungen entstanden. Als das Gesetz fiel, galten immerhin schon 300 000 Arbeiter als gewerkschaftlich organisiert. Und es war nun nicht einmal mehr eine Frage der Zeit, bis sich — im November 1890 — unter Vorsitz von Carl Legien die Generalkommission der Gewerkschaften bildete. Dies war der erste Zusammenschluß der, wie man dann später sagte, freien Gewerkschaften.

Trotz aller bitteren Erfahrungen herrschte das Gefühl vor, man habe nicht umsonst gelitten. Daß die Zahl der Anhänger ständig wuchs, war mehr als eine Ermutigung. Unmittelbar vor Inkrafttreten des Gesetzes hatte es die SPD auf 7,6 Prozent der Stimmen gebracht; seitdem war der Stimmenanteil fast stetig angewachsen, und das, obwohl jede offene Agitation verboten war.

Die Wahlen vom 20. Februar 1890 nun übertrafen selbst die kühnsten Erwartungen; anderthalb Millionen, fast 20 Prozent der abgegebenen Stim-

men fielen auf die sozialdemokratischen Kandidaten. Das bedeutete: 35 Reichstagsitze.

Stehvermögen und Einfallsreichtum, Mut und Selbstlosigkeit hatten sich ausgezahlt. Dem Bündnis von Thron und Altar, von Rittergut und Hochofen, Offiziersadel und beschränktem Bildungsbürgertum hatte man erfolgreich getrotzt.

Die Sozialdemokratische Partei hatte standgehalten; sie hatte sich nicht einschüchtern lassen und nun den politischen Lohn erhalten. Sie hatte nichts zurückgenommen von dem, was sie erkannt hatte: "Im Kampf für Freiheit suche stets dein Recht."

Dieser Tage las ich eine bemerkenswerte Rede nach, die Max Güde — der frühere CDU-Kollege aus dem Bundestag und spätere Generalbundesanwalt — Anfang des Jahres gehalten hat. Zum Sozialistengesetz sagte er — und ich widerspreche dem nicht —, daß es vom damaligen Staat "nur halbherzig durchgeföhrt" wurde. Dann fährt er fort, die Abwehr des Sozialismus "in teilweise schikanösen Formen" habe sich bis zur Revolution von 1918 hingezogen. Und ein dauerndes Erbe des Gesetzes, von dem hier heute die Rede ist, sei "die von da an fast unheilbar scheinende Linksfürchtigkeit des deutschen Staates"; diese habe die Weimarer Republik überschattet, und mit deren Erbschaft hätten wir uns jetzt noch, zum Beispiel in der Justiz, auseinanderzusetzen. Im "Vorurteil der Linksfürchtigkeit", so Güde weiter, stecke "das Contra gegen rund drei Jahrhunderte europäischer Geschichte".

Ob man das nun so oder etwas anders formuliert: Wir sind immer noch und immer wieder auch durch die Gefahr einer Spaltung der Nation bedroht — zusätzlich zu der, die uns das Dritte Reich hinterließ und die die Siegermächte festgeschrieben haben.

Und weiter: Man darf sich nicht damit zufriedengeben, daß wir über Weimar weit hinausgekommen sind und der demokratischen Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik eine solide Chance gegeben haben. Gewiß: die Sozialdemokraten sind nicht mehr isoliert. Aber ich füge hinzu, auf die Gefahr, ein erneutes Stirnrundeln derer hervorzurufen, die Folgerungen allenfalls am Schluß einer Rede für zulässig halten —, daß es ohne eine starke Sozialde-

mokratie heute keine annähernd solide deutsche Demokratie geben würde. Das wird morgen nicht anders sein.

Die deutsche Sozialdemokraten meinen nicht, die Geschichte und das gegenwärtige Erscheinungsbild ihrer Partei seien frei von Irrtümern und Fehlern. Wir bilden uns nicht ein, über den Stein der Weisen zu verfügen. Aber wir sind stolz auf unsere Geschichte und auf den Dienst an unserem Volk:

Dies ist der Weg, der von der kleinen belächelten Minderheit zur großen fortschrittlichen Volkspartei führte.

Vom rechtlosen Proletarier zum gleichberechtigten Staatsbürger.

Vom begrenzten Männerwahlrecht zum Wahlrecht für alle.

Vom Obrigkeitsstaat zum Bürgerrecht auf Mitwirkung, auch auf Mitbestimmung.

Den Weg zur Bürgerdemokratie freigeschaufelt und mitgestaltet zu haben, das rechtfertigt, gewiß nicht im Zorn, sondern mit gesundem Selbstbewußtsein zurückzublicken.

IV.

"Es ist schlimm, wenn die ganze Misere der Zeit und des Vaterlandes auf einem liegt, ohne daß man die Kräfte hat, sie zu gestalten." Der dies schrieb, hieß Thomas Mann. Der Adressat — sein Bruder Heinrich, der mit seiner "Geschichte der öffentlichen Seele unter Wilhelm II.", betitelt: "Der Untertan", jener tieferen Wahrheit des wilhelminischen Deutschland nachgespürt hatte, die kein Geschichtsbuch wiederzugeben imstande ist.

Der Satz des Dichters könnte auch als Motto über einem wichtigen Abschnitt der SPD stehen — jener Partei, die sich nach dem Fall des Ausnahmegesetzes anschickte, ihre wiedererlangte Freiheit zu nutzen. Das Deutschland Wilhelms II. war ein schillerndes Gebilde. Es war geprägt durch die Kluft zwischen wirtschaftlicher Modernität und politischer Rückständigkeit. Die Kluft wurde schließlich so groß, daß das Kaiserreich an seinen inneren Widersprüchen hätte ersticken können, wenn es nicht zum Krieg gekommen wäre; zu jenem Weltkrieg, den es nicht mehr überdauern konnte.

Wirtschaftliche Modernität bedeutet nun allerdings auch einen — wenn gleich langsam — ansteigenden Lebensstandard für die breiten arbeitenden Schichten. Mehr noch als der Partei mußte jetzt den noch im Aufbau befindlichen Gewerkschaften daran gelegen sein, nichts unnötig aufs Spiel zu setzen. Etwa, um politische Forderungen mit Hilfe von Massenstreiks durchzusetzen. So hatten es die herrschenden Mächte nicht schwer, das preußische Dreiklassen-Wahlrecht aufrechtzuerhalten. Auch im Reich wurde die eigentliche Parlamentarisierung auf die lange Bank geschoben. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes nutzte die Sozialdemokratie verstärkt die begrenzten Möglichkeiten im Reichstag. Im Südwesten Deutschlands boten sich bessere Chancen, die freilich ihre historische Verlängerung nicht — noch nicht — gefunden haben. Sozialdemokratische Mandatsträger erschienen mancherorts auch schon in den kommunalen Vertretungen. Das war alles nicht wenig, aber an der Stellung in Staat und Gesellschaft hatte sich nicht viel geändert.

Das Damoklesschwert des Staatsstreichs hing nicht nur 1890 über der SPD, als der abdankende alte Kanzler dem jungen Kaiser "Humanitätsduselei" vorwarf, sondern auch in den Jahren, die folgten. Das aber hätte geheißen: Abschaffung des für die Entfaltung der Volkskräfte so wichtigen allgemeinen Wahlrechts zum Reichstag.

Die Ächtung blieb; 1895 nannte der Kaiser die Sozialdemokraten "eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen". Das war derselbe Monarch, der 1914 glauben machen wollte, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.

Unmittelbar nach dem Fall des Ausnahmegesetzes gab sich die SPD eine programmatische Grundlage. Dieses Erfurter Programm ist vor dem von Godesberg das berühmteste in der Geschichte der Partei. Heute spricht man vom Erfurter Programm gelegentlich mit einem spöttischen Unterton. Man wundert sich über das seltsame Auseinanderfallen in einen theoretischen und einen praktischen, einen grundsätzlichen und einen pragmatisch-reformerischen Teil. Gerade dies aber war eines der Ergebnisse jenes unseligen Sondergesetzes. Was das Erfurter Programm widerspiegelt, ist die Zwitterstellung der Sozialdemokratie im kaiserlichen Deutschland — und die Unmöglichkeit, eine schlüssige Antwort zu finden.

"Euch fehlen zwei wesentliche Dinge", so rief auf dem Amsterdamer Kongreß der Internationale 1904 der französische Sozialistenführer Jean Jaurès den deutschen Delegierten zu: "Euch fehlen revolutionäres Handeln und parlamentarisches Handeln."

Nun, revolutionäres Handeln in einer Gesellschaft zu erwarten, der die Tradition einer bürgerlichen Revolution fehlte, hieß wohl ebenso Unmögliches verlangen, wie parlamentarisches Handeln in einem Staat, der die parlamentarischen Rechte auf ein Minimum beschränkte und zu politischen Reformen weder willens noch fähig war.

Hier scheint mir übrigens auch ein Irrtum derer zu liegen, die meinen, alles hätte anders laufen können, wenn die SPD nur rechtzeitig dem Rat Eduard Bernsteins gefolgt wäre. Mit seiner Revision Marxscher Theorien, die er nicht zufällig nach dem Fall des Ausnahmegesetzes einleitete, hat Bernstein in mancher Hinsicht den Weg zur Reform- und Volkspartei vorgezeichnet, den die Sozialdemokraten gegangen sind. Die Zeit aber war dafür nicht reif. Und mit seiner Absage an das "Endziel" war Bernstein in der Gefahr, der Partei jene Zukunftsvision zu nehmen, die sie die anhaltende Ächtung leichter tragen ließ.

Der Revisionismus-Streit hätte die deutsche Sozialdemokratie kaum so sehr beschäftigt, er hätte jedenfalls die Gefühle nicht so in Wallung gebracht, wenn die Stellung der Partei in der Gesellschaft weniger ambivalent gewesen wäre. Man sollte deshalb vorsichtig sein mit einer Übertragung historisch bedingter Modelle auf unsere Zeit.

Handlungsanweisungen und ihre Begründung müssen aus der jeweiligen gesellschaftlichen Situation geboren sein. Umgekehrt würde es ja erst recht keinen Sinn machen, unsere heutigen Maßstäbe an die Partei Bebels anzulegen.

Die Sozialdemokratie also blieb weithin in dem Getto gefangen, das im Ausnahmegesetz seine zugespitzte Ausformung gefunden hatte. Sie wurde zum Staat im Staat und entwickelte ihre "Subkultur". Diejenigen unter uns, die während der Weimarer Republik aufwuchsen, könnten Zeugnis davon ablegen, wie sehr die durchgängigen und verästelten Strukturen den Übergang vom Kaiserreich bis zur braunen Gewaltherrschaft überlebten. Kein Wunder: da die Arbeiter und ihre Familien vom offiziellen Deutsch-

land ausgeschlossen waren und ihnen gesellschaftlicher Aufstieg durchweg verwehrt war, schufen sie sich ihr Ersatzvaterland. Vom sozialdemokratischen Kindersportverein bis zur sozialdemokratischen Beerdigungskasse. Und August Bebel wurde zu einer Art von Ersatzkaiser. Daß auch dies weitreichende Folgen hatte und sich die Partei noch einigelte, als die Zeiten sich längst gewandelt hatten, habe ich eben anklingen lassen.

Der Widerspruch zwischen Revolutionserwartung und Reformpraxis, zwischen Verweigerung und Anpassung schien nicht auflösbar. Man wartete auf den großen Zusammenbruch, von dem man meinte, daß er unweigerlich kommen müßte. Bis es soweit war, konnte man ja die Möglichkeiten nutzen, die das System immerhin ließ.

So blieben noch in ihrer Außenseiterstellung die sozialdemokratischen Parteigänger auf den Staat bezogen. In ihrer Bildungsbeflissenheit und in der Übernahme vorgeprägter Wertvorstellungen spiegelten sich ein Aufstiegsstreben, auch ein Bedürfnis nach gesellschaftlicher Anerkennung. Symbolischer Ausdruck dieser Zwitterstellung: in vielen Arbeiterfamilien hingen Kaiser Wilhelm und der "Ersatzkaiser" Bebel nebeneinander über dem Sofa.

Das Anerkennungsbedürfnis spielt wohl mit hinein, wenn man nach den Gründen fragt für die auf den ersten Blick überraschende Haltung der SPD beim Kriegsausbruch 1914. Der entscheidende Grund lag freilich in der Illusion, sozialistischer Internationalismus hätte bereits über die ringsum sich austobenden Nationalismen triumphieren können.

Aber richtig bleibt: Wem Anerkennung keine Selbstverständlichkeit ist, der läßt sich allzu leicht das Gesetz des Handelns diktieren. Dies gilt über den Wandel der Zeiten hinweg.

Jean Jaurès hatte so unrecht nicht, als er auf dem erwähnten Amsterdamer Kongreß von der politischen Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie sprach, die er in einem beängstigenden Gegensatz zu Größe und Glanz der Partei stehen sah.

Ich muß der Versuchung widerstehen, die ferneren Auswirkungen des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie zu untersuchen und Kreuzwege der sozialdemokratischen und der deutschen Geschichte nachzuzeichnen.

1914, 1918, 1930, 1933 — was auch immer zu den einzelnen Daten zu sagen ist, soviel ist gewiß: Wir stellen zahlreiche Fehlentwicklungen fest, und doch können wir dabei stolz sein auf unsere ungebrochene freiheitliche Tradition: Niemals hat sich die SPD hergegeben für Unterdrückung und Unterjochung.

Niemals hat sie Krieg und Knechtschaft über das deutsche Volk gebracht. Freiheit und Gleichheit und friedlicher Ausgleich mit den Nachbarn standen auf ihren Fahnen, als andere Hitler den Steigbügel hielten und wissen mußten, daß dies den Weg in den Krieg bedeuten würde. Die SPD ist sich in ihrem Kern treu geblieben, selbst in den dunkelsten Augenblicken der Geschichte.

Darin liegt auch heute die moralische Begründung für unseren Anspruch, innere Freiheit und äußeren Frieden für unser Volk sichern und ausbauen zu können — besser, wie wir meinen, als andere, die zuviel Ballast einer ungunstigen Vergangenheit mit sich schleppen.

Und zugleich: Eine Partei vom Zuschnitt der SPD muß sich immer auch als Kampfgemeinschaft begreifen. So können und dürfen wir also der Frage nach dem Handlungsspielraum und wie wir ihn nutzen, nicht ausweichen. Was wäre, so sollten wir uns zwischendurch immer mal wieder selbstkritisch fragen, was wäre Deutschland und der Welt erspart geblieben, wenn die Sozialdemokraten stärker, einflußreicher und schlagkräftiger gewesen wären!

Das Erfurter Programm hatte der Außenseiterstellung in der Gesellschaft Rechnung getragen und der Erwartung Ausdruck verliehen, irgendwann würden sich die Verhältnisse schon ändern. Eine Als-ob-Haltung — als ob der Erfolg nicht ausbleiben könne und als ob die Zeit naturnotwendigerweise für Demokratie und Sozialismus arbeite — half über die tatsächliche Machtlosigkeit hinweg und leistete einer Tendenz zur Unbeweglichkeit Vorschub.

Wir sehen, die Schatten, die die Bismarck-Zeit geworfen hat, waren lang, sie waren so lang, daß die SPD ihr gesellschaftliches Umfeld und ihren politischen Gegner häufig nicht klar genug erkannte.

Der Aufstieg des Faschismus in Deutschland, wenn ich noch einmal einen solchen Sprung machen darf, wäre gewiß weniger glatt verlaufen, wenn sein Charakter hätte klarer erkannt werden können. Und auch nach dem schrecklichen Einschnitt, den Nazismus und Krieg bedeuteten, war die SPD nur bedingt auf der Höhe der Zeit; sie hatte allerdings auch schreckliche personelle Opfer bringen müssen. Aber hat man nicht zunächst die neu-altens konservativen Kräfte weit unterschätzt und die Bedingungen ihres Erfolges verkannt? Es führt nichts daran vorbei: Wer politisch handeln will, muß sich immer wieder über die Bedingungen des Handelns Rechenschaft ablegen. Die meisten wissen, welchen Wendepunkt das Godesberger Programm von 1959 symbolisiert. Ich sage bewußt: symbolisiert. Denn natürlich ist gerade ein Parteiprogramm nichts, was vom Himmel fällt, sondern es ist Ergebnis eines Prozesses von Erfahrungen und Überlegungen.

Die Entwicklung zur Volkspartei und die wachsende Integration in die Gesellschaft waren Godesberg voraufgegangen. Daß bei uns in Westdeutschland nicht eine Diktatur durch die andere ersetzt wurde und daß die Demokratie bei uns in der Bundesrepublik relativ rasch und fest Fuß fassen konnte, daran hatte die SPD einen herausragenden Anteil.

Mit dem Programm von Godesberg nun wurde diese Entwicklung zugleich anerkannt und beschleunigt. Die Partei hatte — weit mehr als zuvor in ihrer Geschichte — Theorie und Praxis in Einklang gebracht. Tatsächlich haben wir im Programm von 1959 die Lehren aus der eigenen und aus der deutschen Geschichte festgehalten. Und ich stehe nicht an zu sagen: Godesberg gehört zusammen mit dem tiefsten Wandlungsprozeß, den die SPD je durchgemacht hat. Wobei ich wohl weiß, daß die stärkste generationsmäßige und soziologische Umkrepelung erst ein Jahrzehnt später einsetzte.

Wir wollten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht mehr nur beschwören, sondern schrittweise und — nicht mehr als Außenseiter — um ihre Verwirklichung ringen. Nun konnte sich die SPD der Gesellschaft gegenüber unbefangen öffnen und Volkspartei werden, ohne ihren aus der Arbeiterbewegung stammenden Auftrag zu vernachlässigen. Jetzt war sie

besser in der Lage, gesellschaftlichen Wandel aufzunehmen und konstruktiv zu beeinflussen.

So brauchen wir den Eigenheiten und Eigenschaften, die seinerzeit die Partei auszeichneten, nicht nachzutauern, aber wir sollten sie als Teil unseres Erbes auch nicht missen wollen. Wenn Bebel schildert, wie er seinen Spitzeln Schnippchen schlug, wenn wir lesen, mit wieviel Mut und Phantasie neue Ortsvereine gegründet wurden und wie man füreinander einstand und sorgte, dann erfüllt uns das noch heute mit Bewunderung.

Im selben Maße, wie sich die SPD öffnete und schließlich — in jüngster Zeit — nahezu ein Spiegelbild der Gesellschaft wurde, im selben Maße, wie die Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratischen Partei die Verhaltensnormen der Gesamtgesellschaft zu teilen begannen, mußten ihr die Eigenschaften einer zunächst unterdrückten und dann isolierten Partei zwangsläufig abhanden kommen. Aber es wäre ein Jammer, wenn nicht doch etwas vom Geist der ursprünglichen Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft wachgehalten würde und lebendig bliebe.

Im übrigen wissen wir: Auch nach der Verabschiedung des Godesberger Programms hat die SPD noch ein Jahrzehnt und drei außergewöhnliche Wahlkämpfe gebraucht, um in die führende Regierungsverantwortung vorzurücken. Was es heißt, diese so mühsam errungene Regierungsverantwortung nicht nur zu erhalten, sondern auch zu rechtfertigen, erfahren wir täglich aufs Neue. Was es hieße, sie leichtfertig aufs Spiel zu setzen, daß kann einem vermutlich nur klar werden, wenn man in historischen Zusammenhängen denkt.

Dann wird auch klar, wie abwegig es wäre, wenn das Wort von der Krisenbewältigung im sozialdemokratischen Sprachgebrauch einen negativen Beigeschmack erhielte.

In der Vergangenheit haben uns Krisen, Zeiten des Umbruchs manchmal allzu leicht dazu verleiten können, der vollen Verantwortung zu entsagen. Über die Folgen brauche ich jetzt nichts mehr hinzuzufügen. Inzwischen muß die Partei auch hieraus gelernt haben.

Bei dieser Gelegenheit will ich hinzufügen: Das Godesberger Programm gilt. Es bleibt die Grundlage unserer Vertrauensarbeit und unserer Regierungsfähigkeit.

Es verleiht der Verankerung in der Gesellschaft der Bundesrepublik ebenso Ausdruck wie dem Willen, in dieser Gesellschaft mehr Freiheit und mehr Gleichheit zu verwirklichen; kurzum: nicht nur an der Spitze der Regierung zu stehen, sondern diesem Staat als führende politische Kraft zu dienen. Seit 1959 hat sich gewiß schon wieder viel verändert, zumal in der uns umgebenden Welt, durch die Wissenschaften, durch die technologische Revolution, und wir sind hoffentlich auch nicht dümmer geworden. Trotzdem meine ich: Die SPD braucht für einen jetzt überschaubaren Zeitraum kein neues Grundsatzprogramm.

Anders steht es, um dies bei gleicher Gelegenheit zu sagen, um die weltweite Gemeinschaft von Parteien des demokratischen Sozialismus, die wir Sozialistische Internationale nennen. Sie wird in den vor uns liegenden Jahren zum erstenmal in ihrer bewegten und nicht immer glorreichen Geschichte das Wagnis eines Programms eingehen:

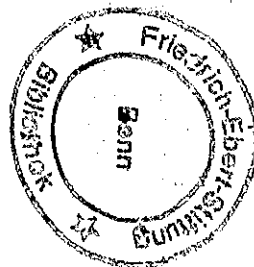
Eines Programms, um dies ganz deutlich zu machen, in dem zum erstenmal überhaupt der kühne Versuch unternommen wird, demokratischen Sozialismus — in meinem Verständnis gleich soziale Demokratie — nicht mehr eurozentrisch, sondern weltweit zu begreifen.

Ich will hinzufügen, daß ich auf die Arbeit daran gespannt bin — und daß mich die zu erwartende Diskussion schon jetzt fast mehr interessiert, als was hinterher aufgeschrieben werden mag.

VI.

"Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" — das war der Titel für jenes Unternehmen, dessen wir uns hier erinnern. Mit historischen Parallelen sollten wir gewiß nicht nur für uns selbst sorgsam umgehen, sondern auch, wenn wir fragen: Was ist aus den damaligen Unterdrückern geworden? Was hat sich dauerhaft gewandelt? Was ist immer noch geblieben? Hat "Gemeingefährlichkeit" vielleicht nur einen anderen Namen erhalten?

Politische Kräfte, die im Gestern befangen sind, lassen auch jetzt kaum eine Gelegenheit aus, um die Sozialdemokratie mit dem Vorwurf der Verfas-



sungswidrigkeit zu überziehen. Dadurch sollten wir uns nicht schrecken lassen. Aber wir dürfen und müssen fragen, ob solche Aggressivität nicht auf den Versuch hinausläuft, sich selbst jenem Grundkonsens zu entziehen, der diese Gesellschaft und diese staatliche Ordnung tragen sollte.

Ich habe von den Partei-Liberalen gesprochen und zumindest anklagen lassen, welche Fehlentwicklungen vermutlich hätten vermieden werden können, wenn Männer wie August Bebel und Friedrich Naumann miteinander ins Gespräch gekommen wären.

Ich habe noch nicht von der Zentrumsparlei gesprochen — sozial sehr heterogen zusammengesetzt, aber eben doch auch die Partei eines überwiegenden Teils der katholischen Arbeiter, die 1878 gegen das Ausnahmegesetz stimmte; in mehr oder weniger großer Geschlossenheit auch gegen die jeweiligen Verlängerungen.

Sicher, das Zentrum war ein gebranntes Kind, es hatte den "Kulturkampf" noch kaum überwunden. Daß es so kurze Zeit danach nicht neuerlicher Willkür den Weg ebnen konnte, mindert nicht die Bedeutung seines solidarischen Verhaltens mit den bedrängten Sozialdemokraten.

Daß hieraus — trotz mancher gegenseitiger Hilfe bei Stichwahlen — keine dauerhafte Weggenossenschaft erwuchs, daß das Zentrum in der Folgezeit einen kräftigen Rechtsruck durchmachte — während die SPD wegen ihrer Außenseiterstellung noch nicht voll bündnisfähig war —, gehört zu den verpaßten Gelegenheiten einer demokratischen Entwicklung in Deutschland.

Die Unionsparteien jedenfalls täten gut daran, sich über ihr Erbe Rechenschaft abzulegen und darzutun, welcher Traditionskette sie sich eigentlich verpflichtet fühlen: Den reaktionären Preußen, die alle Demokraten knechten wollten, oder dem Zentrum, das sich gegen Unterdrückung zur Wehr setzte.

Hier ist nicht der Ort, die Spannweite darzustellen, die unser Grundgesetz für die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens läßt. Es ist hier aber wohl der Ort, auf eine offenbar ungebrochene Tradition des verstockten Teils der deutschen Rechten hinzuweisen: Eine Tradition, die darin besteht, die eigenen Interessen mit dem Wohl des Ganzen gleichzusetzen und jene

Kräfte aus der Gemeinschaft verbannen zu wollen, die auf Veränderung setzen.

Auch die anhaltenden Versuche, gesellschaftsverändernde Politik und terroristische Zerstörung ursächlich in Zusammenhang zu bringen, gehören in diese unselige Traditionskette, von der man schon geglaubt hatte, sie sei abgerissen.

Bismarck hatte die Attentate auf den Kaiser den Sozialdemokraten zugeschrieben und zum Anlaß für sein Ausnahmegesetz genommen. Heute sind denen, die sich noch immer nicht mit dem Einfluß des demokratischen Sozialismus abfinden mögen, Grenzen gezogen; ob aus eigener Einsicht, sei dahingestellt.

Jedenfalls liegt die sicherste Garantie gegen Versuche, das Rad zurückzudrehen, in der eigenen Abwehrbereitschaft, bisweilen wohl auch der eigenen Angriffslust. Ob die fortschrittlichen oder die reaktionären Kräfte die Bundesrepublik Deutschland in die achtziger Jahre führen, wird übrigens auch von unserer Fähigkeit abhängen, der Manipulation der öffentlichen Meinung Einhalt zu gebieten!

Gerade weil das Godesberger Programm einer grundlegend gewandelten Stellung der SPD in Staat und Gesellschaft Ausdruck verleiht, verpflichtet es zu großer Wachsamkeit. Nichts auf dieser Welt ist so sicher, als daß es nicht wieder gefährdet werden könnte.

Also bedarf es immer neuer Anstrengungen. Es gilt, Freiheit und Gerechtigkeit und Solidarität in dieser Gesellschaft zu verankern, daß für reaktionäre Gegenkräfte keine ernsthafte Chance mehr besteht, ihre Vorstellungen von einem Oben und Unten in der Gesellschaft wieder in die Wirklichkeit umzusetzen. Unter den deutschen Bedingungen besteht eine latente Gefahr, daß das Pendel zu weit zurückschlägt.

Bismarck hatte versucht, durch erste sozialpolitische Gesetze den Sozialdemokraten gleichsam den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Zuckerbrot und Peitsche, wenn man so will.

Die Arbeiter und ihre Familien blieben mißtrauisch. Die Herrschenden hatten verkannt, wie viele Konservative es bis auf den heutigen Tag verkennen, daß eine Absicherung der materiellen Existenz ohne Sicherung der Freiheitsrechte nichts wert ist.

Eine wohldurchdachte Sozialpolitik ist unerlässlich für die materielle Sicherheit der vielen und für den inneren friedlichen Ausgleich. Doch auch eine noch so gute Sozialpolitik bleibt diesseits der sozialen Emanzipation.

Darauf muß es uns aber ankommen — und das bleiben dann die geschichtlichen Lehren und der Auftrag des Godesberger Programms: die Demokratie dadurch zu sichern, daß wir ihr die eigentliche soziale Dimension verleihen. Man möge es mir nachsehen, wenn ich noch einmal an die zwanziger Jahre erinnere und an den Untergang der Weimarer Republik. Aber: Deutschland wäre für den Faschismus nicht, jedenfalls nicht in dem gekannten Maße anfällig gewesen, wenn demokratische Zielorientierung in Staat und Gesellschaft verankert gewesen wäre.

Demokratie sichern, heißt, sie in allen relevanten Lebensbereichen verwirklichen. Demokratie sichern, heißt im Übergang zu den achtziger Jahren: ihren Grundgedanken auch über den nationalen Rahmen hinweg zum Durchbruch verhelfen.

Ein Jahr, bevor das Gesetz gegen die Sozialdemokratie fiel, 1889 also, wurde in Paris am hundertsten Jahrestag des Sturms auf die Bastille die II. Internationale gegründet. Nach Schluß des Kongresses zogen die Delegierten zum Massengrab der Kommune kämpfer von 1871, die deutschen Vertreter auch zum Grab von Heinrich Heine und Ludwig Börne — der "Märtyrer der Freiheit und des Kosmopolitismus", wie Liebknecht sagte.

Tatsächlich gehört jener Kongreß wohl zu den eindrucksvollsten in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Wir wissen, daß es noch einige ermutigende Kongresse gab, denen die Ernüchterung bald auf dem Fuß folgte. Warum?

Wäre nicht manches anders gekommen, wenn die sozialdemokratischen Parteien weniger in großen Worten geschwelgt und sich mehr um die konkreten Möglichkeiten ihres gemeinsamen Handelns gekümmert hätten? Die Internationale krankte nicht zuletzt daran, daß den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern nicht hinreichend Rechnung getragen wurde; so mußten die Erwartungen über gemeinsame Aktionen unrealistisch sein.

Schon die Auseinandersetzung um die Gestaltung des 1. Mai 1890 war symptomatisch: Die Deutschen wollten die Obrigkeit nicht provozieren und

ihre gerade wiedererlangte Legalität nicht gefährden, während die französischen Sozialisten sich zutrauten, ohne größeres Risiko auf die Straße zu gehen.

Der spätere Zusammenstoß zwischen Jaurès und Bebel, von denen eben jeder auf seine Weise recht hatte, war dann auch weniger ein Streit um Strategie und Taktik, als Ausfluß der unterschiedlichen Verhältnisse in den beiden Ländern. Dies zu wissen, sollte kein Hinderungsgrund sein, auch hier nach dem "Was-wäre-wenn" zu fragen. Was wäre also gewesen, wenn die sozialdemokratischen Parteien schon damals fähig gewesen wären, mehr als gemeinsame Resolutionen zu verabschieden? Vermutlich fragen wir besser danach, was wir heute — zumal in Europa, aber auch weltweit — bewegen können und — um der Sicherung des Friedens willen — bewegen müssen. Die großen Industrienationen sind heute — sogar ohne anerkannte ideologische Koexistenz — auf eine Weise zusammengerückt, wie es sich Bebel und Jaurès noch nicht vorstellen konnten.

Für die sozialdemokratischen Parteien, die den gleichen Idealen huldigen, ergeben sich daraus neue Voraussetzungen, aber auch neue Verpflichtungen.

Wenn es ein Wesensmerkmal des Godesberger Programms ist, für gesellschaftlichen Wandel offen zu sein, dann heißt dies heute auch: Die SPD muß alles daransetzen, um die sozialdemokratischen Parteien enger aneinander heranzuführen zu helfen.

Die eigene Geschichte hat uns gelehrt, daß wir in unserem politischen Handeln von den gesellschaftlichen Verhältnissen ausgehen müssen. Für Europa und die Internationale heißt das, und damit komme ich noch einmal auf den Sinn eines internationalen Programms: Wir sind aufgerufen, europäisch und weltweit mit allen Kräften zusammenzuwirken, die sich wie wir von den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität leiten lassen.

Wir sollten jedoch gewarnt sein, Modelle aus der Bundesrepublik oder aus dem Bestand der westeuropäischen Sozialdemokratie als Exportartikel zu verstehen.

Dies eben ist nicht gemeint, wenn ich von der weltweiten Verantwortung der demokratischen Sozialisten spreche.

Die Sozialdemokratische Partei, so sagte einst August Bebel, ist eine Partei, die in ständiger geistiger Mauserung begriffen ist. Ich hoffe, dies ist so und bleibt so.

Und weil wir um unsere Stärken, aber auch um unsere Schwächen wissen, müssen wir entschlossen sein, uns niemals mehr überrollen zu lassen, sondern unseren Beitrag zu leisten, um den geschichtlichen Prozeß selbst zu gestalten.

Ich nehme das Wort Stolz noch einmal auf: Es ist gut, sagen zu können, daß wir uns treu geblieben sind — vom Widerstand gegen die Unfreiheit bis zur aktiven Sicherung von Bürgerfreiheit.

Es ist auch gut zu wissen, daß die Demokratie in unserem Teil Europas ein gutes Stück vorangekommen ist — und daß wir daran unseren nicht geringen Anteil haben.

Die deutsche Geschichte muß nicht noch einmal eine verhängnisvolle Wende nehmen. Aber von nichts kommt nichts:

Wir müssen uns denen entgegenstellen, die geistigen Bürgerkrieg schüren. Wir müssen uns nationalistischer Verirrung und Großmannssucht entgegenstemmen.

Wir müssen unserem Volk sagen, daß es sich durch ein Amalgam aus Pessimismus und Wertverlust weder blenden noch in die Irre führen lassen darf.

Grundsatztreue, Ausdauer, Zähigkeit, Einfallsreichtum werden uns weiterhin in hohem Maße abverlangt.

Und dabei wollen wir dann, immer noch einmal an den Satz denken, den uns August Bebel ins Stammbuch schrieb: "Im Kampf für Freiheit suche stets Dein Recht!"

Wir verstehen uns auch als die große deutsche Freiheitspartei, und so soll es bleiben.



100 Jahre Sozialistengesetz

Trotz aller polizeilichen Gegenmaßnahmen gelangten unter dem Sozialistengesetz wöchentlich bis zu 12 000 Exemplare des in der Schweiz gedruckten illegalen „Sozialdemokrat“ ins deutsche Reich.

Ein Verdienst des gelehrten Schuhmachers Joseph Belli und seiner zahlreichen Helfer von der „roten Feldpost“. Wie es immer wieder gelang, Grenzbehörden und Polizei zu überlisten, schildert Belli in diesen Erinnerungen. Ein politisches Buch — und eine Gaunerkomödie.

Joseph Belli Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz

Mit einer Einleitung:
Erinnerungen aus meinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren
Herausgegeben und eingeleitet von Hans J. Schütz
216 Seiten Text, 17 Seiten Abbildungen
Hardcover 16,- DM

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH